

Gäste:

Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Finanzen Frau Krusemark, FB Recht, Personal und Herr Weiberlenn,
f. d. GB Bildung, Kultur und Sport Organisation
Frau Müller-Preinesberger, GB für Soziales, Jugend, Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Gesundheit und Ordnung Frau Naumann, Bereich Kultursteuerung und -marketing
Herr Weise, f. d. GB Stadtentwicklung, Bauen und Herr Grebner, Herr Peiffer Klinikum „Ernst von
Umwelt Bergmann“
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing
Herr Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin weitere Gäste – siehe Gästeliste

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
27.08.2014

- 3 Kreditaufnahme der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Haushaltssatzung 2013
/2014
Vorlage: 14/SVV/0775
Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen

- 4 Gründung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts als 100%iges
Tochterunternehmen der Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 5.1 Änderung der Spielplatzsatzung der LHP
Vorlage: 14/SVV/0275
Fraktion SPD

- 5.2 Einführung einer KulturApp
Vorlage: 14/SVV/0344
Fraktion SPD

- 5.3 Azubiwohnheim voranbringen
Vorlage: 14/SVV/0349
Fraktion SPD

- 5.4 Wohnungsnot wirksam begegnen - Wohnen muss bezahlbar bleiben
Vorlage: 14/SVV/0628
Fraktion DIE LINKE

- 5.5 Familientarife bei den Stadtwerken

Vorlage: 14/SVV/0657
Fraktion SPD

- 5.6 Medizinische Versorgung im ländlichen Raum Potsdams
Vorlage: 14/SVV/0659
Fraktion SPD
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Abrechnungsbericht zum Haushaltssicherungskonzept 2011
Vorlage: 14/SVV/0653
Oberbürgermeister, Strategische Steuerung
- 6.2 Jahreskampagne 'Potsdam bewegt'
Vorlage: 14/SVV/0715
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6.3 Stadtjubiläum 2018
Vorlage: 14/SVV/0716
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6.4 Verfahren zur Umsetzung des Beschlusses Refinanzierung der
Schulentwicklungsplanung (DS 14/SVV/0063) , Bildung einer Arbeitsgruppe
- 6.5 Luftschiffhafen
- 7 Verständigung zur Einwohnerfragestunde in der Sitzung der StVV am
17.09.2014
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.08.2014

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, diese um folgende Informationen unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ zu

erweitern:

- Stand des Neubaus der Suppenküche
- Stand der Schaffung von Bandproberäumen im freiLand
- Information zum Workshop Biosphäre
- Information zur Durchführung der Regionalrunde der Mathematikolympiade am 12.11.2014

Folgende Tagesordnungspunkte sind auf Grund fehlender Ausschussvoten **zurückzustellen:**

- 5.1 – Spielplatzsatzung (das von der Fraktion SPD beauftragte Gutachten liegt noch nicht vor)
- 5.3 - Azubiwohnheim voranbringen
- 5.5 - Familientarife bei den Stadtwerken

Den Tagesordnungspunkt **6.5** bittet er zu **streichen**, da derzeit keine neuen Informationen zum Thema Luftschiffhafen vorliegen.

Im Weiteren bittet Frau Pöller um eine Information zu den Gründen der Einzäunung eines Teilgrundstücks am Pfingstberg, was die Anwohnerschaft in „helle Aufregung“ versetze. Der Oberbürgermeister schlägt vor, auch dies unter dem Punkt „Sonstiges“ aufzurufen, verweist aber gleichzeitig auf das Verfahren, Informationswünsche im Vorfeld anzumelden. Nicht zu allen Gegebenheiten der Stadt könne at hoc geantwortet werden.

Die so ergänzte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 2. Sitzung des Hauptausschusses vom 27.08.2014 gibt Herr Kirsch den Hinweis, dass sich seine Fraktion Bürgerbündnis-**FDP** nenne. Die Niederschrift wird mit diesem Hinweis einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Kreditaufnahme der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Haushaltssatzung 2013 / 2014

Vorlage: 14/SVV/0775

Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Aufnahme eines Kredites in Höhe von 1.700.000,00 EUR zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen aus dem Haushaltsjahr 2013 gemäß Haushaltssatzung 2013/2014 zu folgenden Bedingungen:

- **Annuitätendarlehen mit anfänglicher Tilgung von mindestens 3,48% p.a.**
- **maximale Zinsbindung 20 Jahre**
- **maximaler Zinssatz 3,5% p.a.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **16**

Ablehnung: 0
Stimmhaltung: 1

zu 4 Gründung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts als 100%iges Tochterunternehmen der Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Grebner und Herrn Pfeiffer vom Klinikum Ernst von Bergmann.

Er informiert über das Anliegen, diese Beschlussvorlage bereits im Vorfeld der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen, um diese dann am 17.09.2014 gleich abstimmen zu können.

Herr Grebner erläutert anschließend, was die Gründung einer überörtlichen Berufsausübungsgemeinschaft beinhalte. Er verweist in seinen Ausführungen, dass diese aus mehreren und sich an verschiedenen Orten befindlichen Vertragsarztsitzen bestehe und die Partner wechselseitig an den anderen Vertragsarztsitzen tätig werden können. Hauptnutzen dabei sei die bedarfsgerechtere Verteilung von Versorgungsangeboten.

Für die Patienten werde die ambulante ärztliche Versorgung und das Versorgungsniveau in Brandenburg aufrecht erhalten und die Versorgung der Patienten durch eine Bündelung der ambulanten medizinischen Versorgung, eine bedarfsgerechtere Verteilung von Versorgungsangeboten und die wohnortnahe bzw. Behandlung in erreichbarer Nähe verbessert.

Den Ärzten werde eine interdisziplinäre Zusammenarbeit erleichtert und es seien unkomplizierte Abstimmungen und eine bessere Arbeitsteilung möglich.

Da sie einander besser kennen, können so die Kompetenzen und Schwerpunkte der Mitbehandler besser eingeschätzt und somit auch unnötige Doppeluntersuchungen vermieden werden.

Die Anbindung an Kliniken biete Vorteile für die Weiterbildung von Fachärzten und schaffe damit Möglichkeiten zur Akquisition von späteren Fachärzten in ländlichen Regionen. Gleichzeitig werden Versorgungslücken geschlossen und unkomplizierte Vertretungsregelungen (bei Urlaub, Krankheit, etc.) ermöglicht.

Auf die Anmerkung von Herrn Kirsch, dass hiermit ein „Vehikel“ geschaffen werde, um die Vergabepaxis auszuhebeln und den Markt zu verschieben, entgegnet der Oberbürgermeister, dass eine ärztliche Mangelsituation im Land Brandenburg das Problem sei und es eben keinen „Markt“ gebe. Für manche, insbesondere ländliche Regionen sei diese Art der Versorgungsangebote die letzte Rettung, weil diese Standorte für niedergelassene Ärzte zu unattraktiv seien.

Frau Dr. Müller fragt nach, ob alle Fachgebiete davon betroffen seien, denn in Potsdam selbst gebe es z. B. nicht ausreichend Haut- oder auch Augenärzte. Herr Grebner antwortet darauf, dass es das Unternehmensziel sei, zeitnah und in hoher Qualität Leistungen anzubieten, d.h., da, wo eine Nachfrage bestehe und Experten fehlen. Angedacht seien Leistungen in der Kinder- und Augenmedizin sowie Geburtshilfe.

Herr Schüler betont, dass er das Anliegen verstanden habe, die Eile bei der Beschlussfassung jedoch nicht.

Darauf Bezug nehmend führt Herr Grebner aus, dass die Gremienbeschlüsse des Aufsichtsrates, der Gesellschafterversammlung und der Stadtverordnetenversammlung Forst/Kreistag Potsdam, Potsdam-Mittelmark bis spätestens September 2014 gefasst werden und die Antragstellung beim

Zulassungsausschusses der KV Brandenburg bis spätestens Oktober 2014 erfolgt sein müsse, um den Start ÜBAG ab 01.01.2015 zu gewährleisten. Der Oberbürgermeister betont, dass Herr Grebner am kommenden Montag in den Fraktionen das Anliegen nochmals darstellen werde, wenn es entsprechende Signale aus den Fraktionen gebe.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Änderung der Spielplatzsatzung der LHP

Vorlage: 14/SVV/0275

Fraktion SPD

zurückgestellt

zu 5.2 Einführung einer KulturApp

Vorlage: 14/SVV/0344

Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die Beratung dieses Antrags im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft, der eine einstimmige Empfehlung zu einem geänderten Beschlusstext gegeben habe. Diese sei mit den Stellungnahmen der Fachausschüsse ausgereicht worden.

Frau Dr. Schröter führt aus, dass die Veränderung des Beschlusstextes etwas semantisch erfolgte und in einem Prüfauftrag münden sollte.

Herr Kolesnyk verweist auf das Anliegen des Antrags, zu prüfen, welche Vorteile eine solchen App bringe, denn die gewünschten Angebote gebe es bereits, aber um diese nutzen zu können, müsse man sich bislang der Homepage der Stadt bedienen. Er merkt im Weiteren an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft keine Änderungen, sondern Ergänzungen des ursprünglichen Beschlusstextes beantragt habe. Das sei in den jetzt vorliegenden Stellungnahmen demzufolge nicht ganz stimmig.

Herr Kirsch schlägt vor, auch die Kosten in die Prüfung einzubeziehen. Der Oberbürgermeister sagt dies zu, bittet aber, den Text nicht noch semantischer zu ergänzen. Er verweist im Weiteren darauf, dass das Anliegen auch an private Betreiber gegeben werden könne und nicht zwingend durch die Stadt selbst gemacht werden müsse.

Er stellt anschließend den vom Ausschuss für Kultur und Wissenschaft veränderten Beschlusstext zur Abstimmung, allerdings mit der Maßgabe, dass es sich um einen Prüfauftrag handele.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie eine KulturApp für die Kulturangebote der Landeshauptstadt entwickelt und eingesetzt werden kann. Diese soll neben einem interaktiven Stadtplan auch einen Veranstaltungskalender beinhalten sowie Hinweise auf z.B. Öffnungszeiten der Kulturinstitutionen, Eintrittspreise, Parkmöglichkeiten und Barrierefreiheit etc. geben.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Projektzuzkizze (Pflichtenheft) für eine App zu erarbeiten, in der die diversen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungsangebote aus Institutionen von Kultur, Sport, Wissenschaft und Gesellschaft der Landeshauptstadt Potsdam dargestellt werden. Diese App soll neben einem interaktiven Stadtplan auch einen Veranstaltungskalender, einen Newsletter sowie Hinweise auf Öffnungszeiten der Institutionen, Eintrittspreise, Parkmöglichkeiten und Barrierefreiheit beinhalten. Bei der Erarbeitung der Projektzuzkizze sollen relevante Fragen des Datenschutzes geprüft und ausgewiesen werden.

Dazu soll eine Abstimmung mit dem Hasso-Plattner-Institut erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5.3 Azubiwohnheim voranbringen
Vorlage: 14/SVV/0349
Fraktion SPD

zurückgestellt

zu 5.4 Wohnungsnot wirksam begegnen - Wohnen muss bezahlbar bleiben
Vorlage: 14/SVV/0628
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass mit dem Antrag der Schwerpunkt Wohnen als Priorität kenntlich gemacht werden solle. Die in den Fachausschüssen geführte Diskussion, die in dem Antrag aufgeführten Punkte seien mit dem Wohnkonzept aufgefangen, teile er so nicht. Zum einen werde das Wohnkonzept frühestens Mitte nächsten Jahres vorliegen und zum anderen stehen die aufgeführten Punkte nicht damit in unmittelbarem Zusammenhang. Deshalb ziele der Antrag auf die Frage ab, was man bis dahin bereits in Angriff nehmen könne, wie z. B. die Bildung eines Bündnisses für sicheres und soziales Wohnen. Hierzu habe er bereits Signale erhalten, dass es dafür eine Aufgeschlossenheit gebe. Diese gemeinsamen Probleme und dieses gemeinsame Ansinnen sollte so in die Fraktionen mitgenommen und konstruktiv diskutiert werden.

Herr Heuer betont, dass der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion zumindest eine Diskussion dazu geführt habe, der Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr habe die Punkte ebenfalls diskutiert und kritische Hinweise dazu gegeben. Daraufhin habe der Vertreter der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss den Antrag zurückgestellt und angekündigt, die Hinweise in seine Fraktion mitzunehmen und den Text ggf. zu überarbeiten.

Herr Kolesnyk führt aus, dass einige der aufgeführten Punkte zu unkonkret seien, andere wiederum selbstverständlich. Er meine, das wohnungspolitische Konzept fange das mit auf.

Herr Finken verweist darauf, dass diese vielfältige und vielschichtige Problematik bei allen Parteien Bestandteil des Wahlprogramms sei und in den Fachausschüssen vertieft diskutiert werden sollte.

Gegen die Zurückstellung des Antrags erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5.5 Familientarife bei den Stadtwerken

Vorlage: 14/SVV/0657
Fraktion SPD

zurückgestellt

zu 5.6 Medizinische Versorgung im ländlichen Raum Potsdams

Vorlage: 14/SVV/0659
Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die einstimmig empfohlenen geänderten Beschlusstexte der Ausschüsse für Gesundheit, Soziales und Inklusion sowie Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung. Er schlägt vor, die Empfehlung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung abzustimmen, da er der weitergehende sei. Diese Textfassung, so Herr Kirsch, habe die Fraktion SPD bereits übernommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem ~~städtischen Klinikum Ernst von Bergmann~~ **den Kliniken und Krankenhäusern in der Stadt Potsdam** ein Konzept für die medizinische Versorgung der ländlichen Gebiete Potsdams zu entwickeln. Abgestimmt mit Akteuren des Gesundheitswesens wie Kassenärztlicher Vereinigung, niedergelassenen Ärzten, Pflegediensten und Apotheken sollen Strukturen geschaffen werden, die medizinische Ansprechpartner für die Menschen vor Ort sichern. Das Konzept soll im ~~Dezember 2014~~ **Januar 2015** der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Abrechnungsbericht zum Haushaltssicherungskonzept 2011

Vorlage: 14/SVV/0653
Oberbürgermeister, Strategische Steuerung

Herr Exner erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage. Herr Dr. Scharfenberg schließt daran an, dass die in der Vorlage enthaltene Darstellung die solide Finanzsituation der Stadt zeige. Somit werden die Spielräume größer, um die anstehenden Aufgaben anzugehen.

Herr Exner entgegnet, dass es die eindeutige Botschaft des Ministeriums des Innern sei, die freiwerdenden Mittel für den Bau von Schulen zu verwenden, um nicht alles per Kredit finanzieren zu müssen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.2 Jahreskampagne 'Potsdam bewegt'

Vorlage: 14/SVV/0715
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Frau Dr. Sommer erläutert an Hand einer Power-Point-Präsentation das Anliegen und die Inhalte der Jahreskampagne.

Frau Dr. Schröter merkt dazu an, dass ihr die geplanten Vorhaben sehr gut gefallen, sie sich für die Folgejahre aber wünsche, dass Künste – die ja auch bewegen – stärker einbezogen und manifestiert werden. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass in dem zeitlichen Rahmen nicht alle Programmpunkte vorgestellt werden konnten und die Künste jedes Jahr mit einbezogen werden.

Herr Fröhlich bittet, auch den Breiten- und den Präventivsport mit einzubeziehen und Frau Pöller bittet, das Angebot zu gendern.

Abschließend verweist Frau Dr. Sommer auf den dafür in Auftrag gegebenen Imagefilm. In der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird dazu ein dreiminütiger Trailer gedreht. Sportlerinnen von Turbine Potsdam kommen in die Sitzung, um die Idee auch in die Politik zu tragen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.3

Stadtjubiläum 2018

Vorlage: 14/SVV/0716

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Frau Dr. Sommer führt aus, dass auf Grund der benötigten organisatorischen, inhaltlichen und finanziellen Vorläufe schon jetzt darüber informiert werde. Dabei sei versucht worden, Vorschläge aufzulisten, die auf das Stadtjubiläum Einfluss haben könnten. Geplant sei, sich insbesondere auf die letzten 25 Jahre zu beziehen und darzustellen, welche Entwicklung die Stadt genommen habe. Dies solle in einem intensiven Dialog mit den Bürgern und unter deren Einbeziehung passieren.

Der Oberbürgermeister schließt daran an, dass schon jetzt geplant sei, sich für die Ausrichtung des Brandenburger Tages und des Deutschen Gästeführertages zu bewerben. Er schlägt im Weiteren vor, dem Hauptausschuss regelmäßig über den Sachstand zu berichten, um auch Vorschläge und Ideen aus dem politischen Raum mit einfließen zu lassen.

Frau Dr. Schröter betont, dass sie die Einschränkung auf die letzten 25 Jahre für „zu kurz gesprungen“ halte, denn die Stadt habe viel mehr zu bieten. Sie empfiehlt, dies noch einmal zu überdenken.

Die letzten 25 Jahre, so der Oberbürgermeister, sollen deshalb im Vordergrund stehen, weil insbesondere in dieser Zeit zahlreiche gravierende Änderungen und Entwicklungen in der Stadt passiert seien, was alle jeden Tag herausfordere und die Menschen, die hier leben, müssen damit umgehen. Das habe einen besonders hohen Stellenwert, bedeute aber nicht, dass sich ausschließlich darauf konzentriert werde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.4

Verfahren zur Umsetzung des Beschlusses Refinanzierung der Schulentwicklungsplanung (DS 14/SVV/0063) , Bildung einer Arbeitsgruppe

Herr Exner verweist auf den dazu gefassten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, der in der Ziffer 6 die Bildung einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe vorsehe, um bereits im Vorfeld von Beschlussfassungen ins Gespräch zu kommen.

Nach wie vor sei beabsichtigt, den Entwurf der Haushaltssatzung 2015/16 sowie

das Zukunftsprogramm im Dezember 2014 in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen.

Er schlägt vor, am Samstag, 08.11.2014, 09:00 Uhr, für einen halben Tag im Rahmen einer Klausurtagung mit den Fraktionsvorsitzenden, dem Oberbürgermeister und den Beigeordneten ins Gespräch zu kommen. Ca. 2 Wochen vorher werde ein entsprechendes Diskussionspapier ausgereicht.

Er spricht sich gegen den Vorschlag von Herrn Kirsch aus, auch sachkundige Einwohner mit einzuladen, um den Gesprächskreis nicht zu groß zu fassen. Neben dem Fraktionsvorsitzenden sollte es evtl. noch ein Fraktionsmitglied sein, welches sich mit der Finanzpolitik befasse. Alle anderen seien in der Haushaltsdiskussion sowieso beteiligt.

zu 6.5 Luftschiffhafen

zurückgestellt

zu 7 Verständigung zur Einwohnerfragestunde in der Sitzung der StVV am 17.09.2014

Die zur Einwohnerfragestunde eingereichten Fragen liegen allen Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich vor. Der Oberbürgermeister sagt die Beantwortung aller Fragen durch die Verwaltung zu.

zu 8 Sonstiges

Stand des Neubaus der Suppenküche

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die Zielstellung, bis Ende des Jahres den Neubau zu realisieren und bittet um eine Information zum Sachstand. Herr Richter informiert, dass die Ausschreibung laufe und er erst bei Auftragserteilung wisse, ob diese Zielstellung zu halten sei. Die nachgefragte Länge der Bauzeit ergebe sich daraus, welcher Anbieter den Zuschlag erhalte und welche Vorlaufzeit dieser dann benötige. Er gehe von einer Auftragserteilung im Oktober und bei einer Modulbauweise von ca. 6 Wochen Bauzeit aus.

Auf die Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg, den Zeitdruck zu berücksichtigen und die Prozesse möglicherweise zu beschleunigen, entgegnet der Oberbürgermeister, dass die Verwaltung tue, was sie könne; nicht beeinflussbare Details dürften aber auch nicht ausgeblendet werden.

Stand der Schaffung von Bandproberäumen im freiLand

Frau Naumann informiert, dass die Architekten vom Bauaufsichtsamt das mündliche Einverständnis zum sofortigen Beginn der Baumaßnahme erhalten haben. Seitdem habe es zwei Treffen mit der Planungsfirma der SWP und den anderen Beteiligten gegeben. Bevor die CULTUS UG mit dem Abriss beginnen könne, müssten die notwendigen Beurteilungen zu den Umplanungen (Nachtrag/Vereinfachung) zum Kosten sparen erfolgen und die jeweiligen Zuarbeiten (Ergänzung zum Brandschutz) eingeholt werden. Dies sei in Arbeit.

Im Weiteren habe es einen Vor-Ort-Termin mit Herrn Dr. Scharfenberg und dem privaten Spender gegeben, der, wie bereits erwähnt, auch Bereitschaft signalisiert habe, etwas mehr zu spenden als ursprünglich angekündigt. Derzeit

sei eine Realisierung noch in diesem Jahr möglich, wenn die notwendigen Zuarbeiten zeitnah erfolgen. Die Firma Roland Schulze Denkmalpflege habe sich inzwischen bereit erklärt, die Eigenleistungen der Jugendlichen beim Rohbau fachlich zu begleiten.

Seitens der Stadtwerke sei ein Vor-Ort-Termin in der nächsten Woche zwischen den Stadtwerken, der CULTUS UG und den beteiligten Bausachverständigen angekündigt. In der Detailplanung seien noch Restarbeiten offen - derzeitige werde ein Bauplan mit der Planung der einzelnen Gewerke erarbeitet. Die Koordinierung der notwendigen Baumaßnahmen im Zusammenhang mit den Ab- und Entwässerungsarbeiten auf dem Gelände stehe noch aus. Im Zuge dieser Baumaßnahmen können die Jugendlichen die Umbauarbeiten der Bandprobenräume in Eigenleistungen realisieren.

Information zum Workshop Biosphäre

Herr Weise informiert über eine Verzögerung des Workshoptermins um ca. eineinhalb Monate.

Information zur Durchführung der Regionalrunde der Mathematikolympiade am 12.11.2014

Die dazu erbetenen Informationen von Herrn Finken werden von Herrn Weiberlenn vom Bereich Bildung vorgetragen. In einem Brief des Helmholtz-Gymnasiums vom Januar dieses Jahres an die Stadt, den Ausschuss für Bildung und Sport sowie weiteren Adressaten werde mitgeteilt, dass die unentgeltliche Mehrarbeit für die Korrektur von Arbeiten nicht mehr akzeptiert werde. Gleichzeitig sehe man Probleme bei der Nachwuchsförderung, weil die Betreuung des Matheclubs im Treffpunkt Freizeit nicht mehr gesichert sei, da der jetzige Mitarbeiter in den Ruhestand gehe. Erwartet werde mehr Unterstützung vom Ministerium und von der Stadt bei der materiellen und personellen Ausstattung. Im Ergebnis der Prüfung durch die Stadt gebe es keine Probleme bezüglich der materiellen Unterstützung. Bezüglich der personellen Unterstützung sei auf Anfrage beim staatlichen Schulamt in Rücksprache mit dem zuständigen Ministerium nach 5 Monaten die Auskunft erteilt worden, dass das Land nur bundes-, landes- und internationale Wettbewerbe dieser Art unterstütze; auf regionaler Ebene sei dies Sache der beteiligten Schulen. Unabhängig davon stelle das Schulamt dem Gymnasium zusätzliche Ressourcen für die schulübergreifende Förderung in Mathe und Informatik in Kooperation mit dem HPI zur Verfügung.

Dieser Sachstand sei der Schule mitgeteilt worden, allerdings hätte diese gern mehr.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, warum die Stelle im Treffpunkt Freizeit nicht nachbesetzt werde, verweist der Oberbürgermeister darauf, dass entsprechende Personen dafür nicht zur Verfügung stehen.

Einzäunung – Pfingstberg

Der Oberbürgermeister sagt zu, sich sachkundig zu machen und zu informieren.